

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **40 Stunden Woche für Beamtinnen und Beamte**

Einzelplan 17 **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 01 Bezeichnung Allgemeine Finanzierungsvorgänge

Produktnummer 012 Bezeichnung Rücklagen und Globalpositionen

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	50.331.700	150.000.000	200.331.700

Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	386.897.400	150.000.000	536.897.400
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

In Hessen ist die Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten nach wie vor die höchste aller Bundesländer. Und die Arbeitszeitreduzierung von 42 auf 41 Stunden im Jahr 2017 wurde nur teilweise finanziert. Ein vollständiger Personalausgleich ist aber notwendig, um weitere Arbeitsverdichtung und Überlastungen zu vermeiden. Wir wollen von der 41 zur 40 Stundenwoche und das dazu notwendige Mehrpersonal voll ausgleichen. Wichtige Arbeitsplätze im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich sowie bei Polizei und Justiz werden so geschaffen. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist endlich besser herzustellen. Entsprechend des Mehrbedarfes ist ressortübergreifend neues Personal einzustellen.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske